

INFORMATIONEN für Presse, Funk und Fernsehen

BGA: Politischer Stillstand – Deutschland muss wieder international handlungsfähig werden – Außenhandel und Großhandel glänzen derweil mit neuen Rekordwerten

„Die hohe wirtschaftliche Dynamik steht aktuell im krassen Gegensatz zu dem politischen Stillstand hierzulande. Europa und die Welt sind in Unordnung und die guten Zahlen überlagern eine ganze Reihe von Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft. Ob die mit 7-Meilen-Stiefeln voranschreitende Digitalisierung, die weltweite Bedrohungen für den Freihandel oder die Zukunft Europas: Wir brauchen bald wieder eine Regierung, damit Deutschland wieder international handlungsfähig wird!“ Dies erklärt Dr. Holger Bingmann, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), heute in Berlin anlässlich der BGA-Presskonferenz des Verbandes zur Entwicklung des deutschen Groß- und Außenhandels.

Der BGA erwartet, dass der Großhandel nach zwei verhaltenen Jahren erstmals wieder mehr Waren und Dienstleistungen verkaufen kann und rechnet für das laufende Jahr 2017 mit einem Umsatzanstieg von real über zwei Prozent und nominal über fünf Prozent. Mit einem Umsatz von voraussichtlich über 1.200 Milliarden Euro wird er das bisherige Allzeithoch im Jahr 2012 toppen. Im kommenden Jahr 2018 rechnet er mit einem weiteren Anstieg um 2,5 Prozent auf 1.235 Milliarden Euro. Zu den 50.000 neuen Stellen in diesem Jahr werden nach Einschätzung des BGA im kommenden Jahr weitere 20.000 neue Arbeitsplätze hinzukommen. Der Großhandel könnte damit erstmals bei den Beschäftigten die 2-Millionen-Grenze überschreiten.

Bei den Ausfuhren rechnet der BGA für das kommende Jahr 2018 mit einem Wachstum von voraussichtlich fünf Prozent auf einen neuen Rekordwert von rund 1.340 Milliarden Euro und der Einfuhren um sieben Prozent auf 1.104 Milliarden Euro. Somit werden Exporte und Importe, die Ende 2017 erstmals die 1-Billionen-Euromarke überschreiten werden, neue Rekordmarken erreichen. Mit diesem Rückenwind der Weltkonjunktur erwartet der Verband im kommenden Jahr 2018 ein gesamtwirtschaftliches Wachstum in Höhe von 1,8 Prozent für Deutschland nach 2,1 Prozent in diesem Jahr. Verbleibende Risiken sind neben den Brexit-Auswirkungen der zunehmende Protektionismus, die Schwächung der internationalen Organisationen, die Unruheherde im Nahen Osten und das hohe Konfliktpotential in der Causa Nordkorea.

Zukunft mit Weitblick und Visionen gestalten

„Die Politik lässt sich blenden von den guten Zahlen! Neben den politischen Umbrüchen erfordert der technologische Aufbruch mit den einhergehenden Veränderungen in der Wertschöpfung ein massives Umdenken bei uns Unternehmern wie auch in der Politik, um unsere Wohlfahrtsgewinne zu sichern. Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind dabei zwei Seiten derselben Medaille“, mahnt Bingmann. Die neue Bundesregierung dürfe nicht nur soziale Gerechtigkeit, Flüchtlinge und Energiepolitik in den Mittelpunkt stellen, sondern auch

Zukunftsthemen wie Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur und internationaler Handel.

Doch die Themen, die jetzt im Zusammenhang mit einer GroKo diskutiert würden, seien Bürgerversicherung, Mindestrente, Ausweiten der Mütterrente, Abschaffung der rechtsgrundlosen Befristung – alles teure und rückwärtsgewandte Wahlgeschenke.

„Gefordert ist vielmehr eine Politik mit Weitblick, die langfristige Perspektiven in Zeiten kurzfristigen Erfolgs schafft und über vier Jahre hinaus denkt. Unsere Unternehmen brauchen für die Gestaltung ihrer Zukunft mehr Flexibilität. Das Korsett der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die uns die Politik setzt, muss wieder lockerer geschnürt werden. Wir brauchen Gestaltungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten statt Schranken und neue Barrieren. Nicht umsonst klagen unsere Groß- und Außenhändler regelmäßig über die überbordende Bürokratie, eine hohe Steuerlast und zu starre Arbeitszeitregelungen“, fordert Bingmann.

Zugleich plädiert er dafür, in der Finanzpolitik den Konsolidierungskurs nicht zu verlassen und den Verteilungsspielraum, der angesichts sprudelnder Steuereinnahmen noch bleibe, für Entlastungen und sinnvolle Zukunftsinvestitionen vor allem in drei Bereichen zu nutzen: In die Infrastruktur, und da sei nicht nur der Breitbandausbau gemeint, sondern auch Straßen und Brücken, Schienen und Wasserwege, Häfen und Flughäfen. Dann selbstverständlich auch in Bildung und Qualifizierung sowie in die Weiterentwicklung der digitalen Technologien in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Europa: eigentliche Arbeit beginnt erst nach dem Brexit

Entscheidend sei auch, wie es mit Europa weitergehe. Dies sei der wichtigste Markt, Heimatmarkt und Basis für die weitere Globalisierung. Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Brexit – drei tiefgreifende Krisen – hätten die Schwächen der EU gnadenlos aufgedeckt. Und gerade seien diese Krisen auch Beleg dafür, dass die globalen Herausforderungen nur gemeinsam gemeistert werden könnten. „Hierfür brauchen wir ein starkes Europa, das in der Welt selbstbewusst für seine Werte auf- und eintritt. Wir brauchen ganz sicher eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, aber auch eine Diskussion, in welchen Bereichen dies sinnvoll ist und in welchen sie unnötig oder sogar kontraproduktiv ist. Ebenso brauchen wir eine Diskussion um die Reform der europäischen Institutionen. Von Deutschland wird eine Antwort auf die Vision des französischen Präsidenten erwartet“, so Bingmann abschließend.

54, Berlin, 19. Dezember 2017

Ansprechpartner:

André Schwarz
Pressesprecher
Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Telefon: 030/ 59 00 99 520
Telefax: 030/ 59 00 99 529